

der Technik der Oekonomie zu. Man findet ihn aber auch mehr oder weniger deutlich in den abgeleiteten Beziehungen angewandt. So hat Marx schreiben können, dass die Fabrikgesetzgebung ebensosehr ein nothwendiges Produkt der grossen Industrie sei, als Baumwollgarn, Selfactors und der elektrische Telegraph³⁶⁾. Der Sinn dieses Ausdrucks wird uns erst völlig klar, wenn wir ihn mit einer anderen Stelle des Kapitals in Beziehung setzen: „Die Pharisäer der „politischen Oekonomie“ proklamiren nun die Einsicht in die Nothwendigkeit eines gesetzlich geregelten Arbeitstags als charakteristische Neuerrungenschaft ihrer „Wissenschaft““³⁷⁾ Halten wir diese beiden Stellen nebeneinander, so wird uns klar, dass viele Nationalökonomien die Arbeitergesetzgebung für einen Bestandtheil ihrer Wissenschaft hielten, weil ihnen diese Gesetzgebung zu einem gewissen Moment aus unbewussten und unbestimmten Tendenzen hervorzugehen schien, die denen analog sind, die den ökonomischen Fortschritt bewirken. Ihnen schien diese Gesetzgebung nur zu einem sehr unbedeutenden Theil durch moralische und juristische Erwägungen bestimmt zu sein; sie glaubten, dass sie nicht vom verständigen und freien Prinzipien unterworfenen Willen abhängt. Marx meint, dass es sich in der That so verhält, und deshalb braucht er den Ausdruck nothwendig und bringt die Gesetzgebung mit Erfindungen und Industrieprodukten in Verbindung.

Diese Phänomene des Zufalls und diese Mischung unbestimmbarer Ursachen führen in der Soziologie ebensowie in der Naturgeschichte Korrespondenzen zwischen Gruppen von Phänomenen oder zwischen der organischen Entwicklung und den materiellen Existenzbedingungen herbei. In diesem Sinne konnte Marx im Elend der Philosophie sagen: „Die Handmühle ergiebt eine Gesellschaft mit Feudalherren, die Dampfmühle eine Gesellschaft mit industriellen Kapitalisten“. Zwischen diesen Dingen giebt es aber durchaus nicht bestimmbare nothwendige Beziehungen zwischen Ursache und Wirkung, wie man hat behaupten wollen³⁸⁾, sondern nur die einfache Konstatirung einer Korrespondenz. Die Marxsche Formel ist übrigens dunkel, weil sie zu konzentriert ist. In demselben Buche sagt er, dass die Produktionsweise einer bestimmten Entwicklung der Gesellschaft und ihren Produktivkräften entspricht: es kann aber von einer mechanischen Kausalität nicht die Rede sein, durch die die Produktivkräfte die juristischen und politischen Beziehungen allein durch ihre Wirkung verursachen würden. [Schluss im folgenden Hefte.]

Die Anarchisten und das Wahlrecht.

Von

Adolf Marreck.

(Grabowsee.)

Im Junihefte dieser Zeitschrift giebt Genosse Albert Weidner ein Bild von der Stellung der Anarchisten zu den Wahlen. Er kommt zu dem Schluss, dass soweit in neuerer Zeit von der alten Ansicht abweichende Meinungen über diese Frage unter den Anarchisten aufgetreten sind, diese ihren Grund nicht darin haben, „weil urplötzlich in den Geist Vernunftsgründe eindringen, die vorher tausend Mal an dem prinzipienharten Schädel zerschellten, sondern weil der bisher beackerte Boden als unfruchtbar, als zu wenig ergiebig erscheint“.

³⁶⁾ Das Kapital, Bd. I, pag. 446.

³⁷⁾ Das Kapital, Bd. I, pag. 259.

³⁸⁾ Hauptsächlich Andler in der Revue de métaphysique, Sept. 1897, pag. 657. Am Schluss des Artikels will ich auf diese Formel noch zurückkommen.

Darin geben wir ihm Recht, dass nicht urplötzliche Vernunftseinsicht unsern Standpunkt bestimmte. Unser Standpunkt ist das Ergebniss jahrelanger Skepsis gegen die von Bakunin inaugurierte Gewalttaktik, die in natürliche Bewegung gekommene Vernünftigkeit der meisten Genossen; dass wir für den Parlamentarismus eintreten, ist nur ein Zeichen, um welche Strecke wir auf den Weg gegen die Bakuninsche Taktik weiter wie viele Andere gegangen sind.

Welchen Gesichtspunkt nimmt denn der Bakunin-Kropotkinsche Anarchismus ein? Den des kommunistisch-politischen Sektirerthums. Seit Plato sind diese sozialen Philantropen darauf bedacht, die Menschheit mit ihren Systemen der „idealen Republik“, des Utopiens, des Phalansteriums und des Zukunftsstaates zu beglücken. Alle vergangenen und gegenwärtigen Institutionen der Gesellschaft sind nach dieser Betrachtungsweise nur erfunden, um die Vielen durch die Wenigen zu knechten. Es ist derselbe Gesichtspunkt für das Eigenthum, das Recht und den Staat, wie ihn die bürgerlich-atheistische Schule für die Idee Gottes und die Institutionen des Priesterthums aufstellte. Nach dieser Schule war die Idee Gottes nicht das Erzeugniss der ehemaligen Weltkenntniss, sondern eine gelungene Erfindung des Priesterthums, sich zu bereichern. Durch ein paar Bücher und einige Dutzend Reden glaubten die jetzt offiziell zum Glauben Wiederbekehrten den ganzen Gottesglauben aus den Angeln zu heben. Aber der Mensch denkt, und die Wirthschaftsweise und das Interesse lenkt.

Unsere „revolutionären“ Anarchisten haben ganz dieselbe Anschauung über die Dinge und ihren Lauf. Die Geknechteten brauchen nur ihre Knechtschaft einzusehen, und sie sind ihrer Fesseln ledig, sie brauchen nur ihr Elend und ihre Noth zu erkennen, und aller erdenkbare Reichthum steht zu ihrer Verfügung. Die Masse ist der grosse Gott, dessen Allmacht Wunderdinge vollbringt, der Zeit und Raum umgeht und keiner Entwicklung bedarf; gestern tiefste Knechtschaft, morgen absolute Freiheit, denn bei Gott und der Masse ist kein Ding unmöglich. — Und wo sind die, welche Dieses nicht glauben wollen? Das Feuer und den Bannstrahl her, damit sie verbrannt und verflucht seien, diese Ketzer und Verräther der Sache der Menschheit, des Proletariats!

Der Revolutionarismus lässt mit seiner Absicht und Dialektik nicht spassen, gereizt wird er zornig wie Cerberus, der plutonische Höllenhund. — Was ist dem Revolutionarismus die Ueberlieferung, das, was alle vorangegangenen und gegenwärtigen Geschlechter schufen? Ein verhängnissvoller Irrthum, den man lieber heute als morgen abschafft. Er negirt unverdrossen und beharrlich jede Verknüpfung und Beziehung mit dem Gegenwärtigen, alles Zukünftige nur hat Werth für ihn; sein Neues bedarf keiner Gebärerin, keines Organismus, der das Zukünftige bis zu seiner Selbständigkeit kräftigt und erhält, seine Hypothese ist kühner als der christliche Mythos von der unbefleckten Empfängniss, alle Gesetze der Natur und des Geschehens hebt er auf, und stolz darauf, so Unerhörtes und Ungeschehenes zur Absicht seiner kommenden That zu haben, ruft er die ganze Welt in die Schranken. — Was ist, so ruft er aus, alle Freiheit die war und ist? Nichts weiter als eine glänzende Täuschung, ein Kartenhaus, das die Mächtigen jeden Augenblick durch ihre volle Backen umzublasen drohen. Eine wirkliche Freiheit, so bläst seine Fanfare, lasst uns aufrichten, eine Freiheit, die die ganze Wohlfahrt und volle Unbeschränktheit ausmacht!

Der Revolutionarismus pocht so sehr auf seine Neuheit und Einzigkeit, und doch ist er eine Anschauungsweise, die alt wie die Menschheit ist. Unzählige Mal starb er, und unzählige Mal ist er immer in anderem Gewande auferstanden. Er scheint ein nothwendiges Correlat der Gesamterscheinungen zu sein.

Im Gegensatz zu dieser Anschauungsweise und nach unserer Idee von der Entwicklung der Dinge sagen wir nicht, dass man die Freiheit errichten, sondern, dass man die, nur oft durch Intervalle der Ruhe unterbrochene, sonst aber in stetiger Weitererrichtung befindliche Freiheit in ihrem Lauf nur fördern muss. Die Entwicklungslehre hat uns zu der Erkenntniss gebracht, dass alle individuellen wie gesellschaftlichen Aeusserungen und Institutionen menschlichen Lebens nicht plötzlich ins Dasein treten, nicht wie hervorgezaubert entstehen,

sondern aus den feinsten und kleinsten Anfängen heraus ihr Sein beginnen. Alles will seine Zeit, und zur Erreichung dessen, was es sein soll, die Fürsorge und Förderung innerhalb des gegebenen Alten. Eine wenig einsichtsvolle Erwägung hält nun freilich die entwicklungstheoretische Betrachtungsweise für eine verwerfungswürdige Verknöcherung, eine Verspiesserung des gesammten Lebens. Natürlich können wir das nur als blanke Uebertreibung ansehen, zumal so oft in der Geschichte die als bedächtig Verschrienen in entscheidenden Momenten die wüthendsten Himmelsstürmer übertroffen haben. Im Rahmen der Entwicklungsauffassung haben auch die Gefühlsmenschen Platz, sie haben durchaus keine Ursache, draussen zu bleiben. — Sehen wir jedoch zu, ob die gegen die parlamentarische Aktion feindlich gesinnten Anarchisten thatsächlich noch konsequent auf den Standpunkt des Revolutionarismus stehen:

In den sechziger Jahren wo Bakunins Wirken innerhalb der westeuropäischen sozialistischen Arbeiterschaft beginnt, ist Bakunin mit allen Andern, die sich Anarchisten nennen, opportunistisch gesinnt. In der internationalen Arbeiterassoziation natürlich musste seine machtvolle Persönlichkeit, voller Feuer und Gefühl, gegen Marxs Herrscherstreben und einseitige Bevorzugung des politisch parlamentarischen Kampfes in Opposition gerathen. Diese Opposition nimmt dann bedauerlicher Weise eine immer mehr einseitige Form an, die soweit geht, in den achtziger Jahren selbst den Gewerkschaftskampf für unnütz zu erklären. Die Putschmethode, welche Bakunin selbst noch empfohlen hatte, war nach seinem Tode später in die „individuelle Aktion“ übergegangen, an welcher nun die Anarchisten bis in die neunziger Jahren hinein zehrten. Selbstverständlich musste auf diesen Ausläufer die Reaktion erfolgen. Man erwärmte sich zunächst wieder für den Gewerkschaftskampf, und nach längerem Hin und Her ist es dann zu einer ganz erfreulichen Zuneigung — speziell hier in Deutschland — für das Genossenschaftswesen gekommen. Genossenschafts- und Gewerkschaftskampf anwenden, heisst aber auch den parlamentarischen Kampf mitnehmen. Ich möchte einmal die abstentionistischen Anarchisten als Leiter und Mitwirkler grosser Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegungen sehen und sehen, wie es dann wohl mit ihrem Verzicht auf jeglichen Parlamentarismus bestellt sein würde.

Thatsächlich bedeuten der Genossenschafts- und Gewerkschaftskampf schon eine Absage an den Revolutionarismus. Beide Kampfweisen müssen auf die vorliegenden Staatsverhältnisse Rücksicht nehmen, um mit Landauer zu reden, sich vollständig in ihnen einrichten. Der Putsch und die individuelle Aktion nehmen keine Rücksicht auf die Staatsgesetze. Verständlich war daher der grosse Widerspruch, welchen die Revolutionaristen den Anarchisten entgegensetzten, die sich für den Gewerkschaftskampf, insbesondere aber den Genossenschaftskampf entschlossen. War das doch nach jenen die Abhäutung des rebellischen Temperaments, die klägliche Einfahrt in den bürgerlichen Sumpf. Eine Anzahl sehr artiger Bezeichnungen, wie „Krämer- und Presskohlenanarchisten“ wurden ausgetheilt. Man spielte eben die Rolle des getreuen Ekhard. Die Genossenschaftsidee, als eine äusserlich gänzlich ruhige wirthschaftliche Bewegungsform konnte nur sehr wenig in Ansehen kommen, die Zeit vermochte da erst zu helfen. Aber ebenso gut wie die Sozialdemokratie sich in ihrer Gesamtheit mit der Zeit durch die Thatsachen gezwungen sehen wird, die Genossenschaftsidee zu acceptiren, ebenso werden die antiparlamentarischen Anarchisten dem Wahlrecht Rechnung zu tragen lernen.

Im Gegensatz zu vielen meiner Genossen sage ich: Im allgemeinen Wahlrecht, seinem ganzen Wesen, seiner Idee und seiner Einrichtung nach, hat sich die menschliche Gesellschaft jenen Apparat, jenes schöpferische Werkzeug gegeben, vermöge desselben sie die in ihr inwohnenden und zur Erscheinung kommenden ökonomischen und idealen Widersprüche auszugleichen trachtet. Da das allgemeine Wahlrecht die Eigenschaft besitzt, gleichsam wie ein meteorologisches Instrument, die immanenten Konflikte der Gesellschaft nach ihrer Intensität und Art zu zeigen, so findet sich unschwer die mittlere Linie, in welche die entgegengesetzten Reihen einmünden. Die konservativen wie fortschrittlichen Kräfte sind in jeder geschichtlichen Epoche da, sie lassen sich weder durch Reden noch Bajonnete hinwegschaffen. Eine einzige fortschrittliche Kraft war die Menschheit

in allen ihren Gliedern niemals und wird es wohl auch kaum jemals werden, auch ist der Konservatismus durchaus nicht immer an die Unterdrückungselemente gebunden. Die verschiedenen Widersprüche zwischen Arbeit und Kapital, zwischen Maschine und Handarbeit, zwischen Freihandel und Schutzzoll, Konkurrenz und Monopol, zwischen Bilderglauben und moderner Weltanschauung müssen sich bis zu einem bestimmten Grade paralisieren lassen, damit die Vorwärtsbewegung der Gesellschaft möglich wird.

Im Alterthum und Mittelalter konnte man einen Organismus, wie das allgemeine Wahlrecht, entbehren. Es gab in jenen Zeitaltern keine so mannigfaltigen Beziehungen, kein so komplizirtes Ineinander verschiedener Thätigkeiten und Interessen. Deshalb mochte eine oligarchische Demokratie und absolute Monarchie den Dingen angemessen sein, ja für jene Zeit eine Nothwendigkeit darstellen. Die vornehmste Regulierungsweise ist aber in der Feudalzeit und im Alterthum die Fehde, die Insurrektion, mit einem Wort, der Waffenkampf. Die Waffenmacht war in jenen Zeiten sowohl für innere wie äussere Volksangelegenheiten das legitimste Protestationsmittel, während sie heute nur noch unbeschränkt für die Völker unter einander gilt, obwohl auch da ihr bald ein Ende gesetzt werden muss. Denn je mehr die menschliche Gesellschaft an Klugheit und edlerer Sittlichkeit zunimmt, je mehr verabscheut sie die Mordinstrumente zur Regulirung ihrer Interessen. Heut aus Prinzip das allgemeine Wahlrecht für die Interessenvertretung negiren, wäre gleichbedeutend damit, im Prinzip für die politische Regulirung das Mittel der Stahlwaffe zu proklamiren. Unsere Pflicht als Anarchisten ist, die vorhandenen Regulierungsmittel in sittlichere umzubilden, unser ganzes Streben daran zu setzen, für Veredelung zu wirken und namentlich nicht in dogmatisch einseitiger Weise befangen zu sein. Ich kann schlechterdings nicht glauben, dass sich die Menschheit in ihren Handlungen irrt, denn als Ganzes bestimmt sich die Menschheit nur selbst, keine oberste Autorität ist ausser ihr. Man darf deswegen die Menschheit nicht in ihren einzelnen Phasen zum Ausgangspunkt nehmen, sondern muss sie erfassen in ihrem ganzen Leben, in ihrer ganzen Idee, nur dann lässt sich ein weniger getrübbtes Bild für die eigenen Handlungen gewinnen.

Weidner sagt an einer Stelle, wir enthalten uns der Wahl aus Gründen prinzipieller Art im Hinblick auf unser Gesellschaftsideal. Das soll offensichtlich besagen, wir Anarchisten wollen die Anarchie, die Herrschaftslosigkeit, die jede Regulirung durch gewaltliche oder gesetzliche Autorität ausschliesst, folglich können wir an keinem gewaltstaatlichen Apparat theilnehmen.

Ich habe schon Gelegenheit gehabt, im Sozialist diesen Trugschluss nachzuweisen, denn er läuft darauf hinaus, zu behaupten, dass eine Handlung nicht nach der sie leitenden Absicht und ihrer Wirkung, sondern nach der Form, in welcher sie geschieht, zu beurtheilen ist. Es ist das eine so fundamentale Selbsttäuschung, wie sie gröblicher nicht gedacht werden kann. Aus dem allgemeinen Wahlrecht können ebenso aller Fortschritt, alle Freiheit und alle Versittlichung, wie aller Rückschritt und was damit zusammenhängt, hervorgehen. Das allgemeine Wahlrecht funktioniert, so wie man es gebraucht. Wenn wir Anarchisten nun im Sinne des Fortschritts das Stimmrecht benutzen, so ist nicht einzusehen, wie wir dadurch die Herrschaft und Bedrückung fördern sollen. Dem gesunden Menschenverstand wird es ewig ein Räthsel bleiben, dass wir durch die Bethheiligung an einer Sache, wie das Wahlrecht, welches heute freilich in unserem Sinne Bedrückung erzeugt, welche Seite wir aber aus Bewusstsein aufs Schärfste bekämpfen und wenigstens nach Massgabe unserer Kraft zu mildern suchen können, uns der Herrschaftsausübung oder für die Verlängerung der Herrschaft verantwortlich machen. Die Menschen so wie sie heute sind nehmen, und die Emanzipationsidee nur so anwenden, wie die Abstentionisten es verlangen, würde nichts anderes bedeuten, als ewig in unserm gegenwärtigen Zustand verharren.

Die meisten Anarchisten sagen ferner: In dem von uns erstrebten Gesellschaftszustand giebt's kein allgemeines Wahlrecht, dort herrscht nur die Freiheit. Wenn es heissen soll: das Stimmrecht von heute, unter dem Szepter des Rechtszwangs, dann bin ich damit einverstanden.

Alle Anarchisten geben zu, dass die anarchistische Gesellschaft ihre Beziehungen durch Verträge, durch freie Vereinbarungen, wie es Kropotkin meint, regeln wird. Verträge machen ist aber nichts Anderes als parlamenteln, d. h. sich auseinandersetzen über die Art und Weise des Verkehrs und der Verbindung mit allen Vortragschliessenden. Nun denke man sich, dass für gewisse Verhältnisse, wo es nothwendig ist oder die Neigung dazu besteht, für grössere Menschenkomplexe, z. B. eine ganze Nation, einheitliche Regeln geschaffen werden sollen. Man muss sich also darüber einigen, was gelten soll; und da naturgemäss nicht 20—30 Millionen Menschen sich an einer Diskussion betheiligen können, so wählt man Vertreter, und wir kommen zu einem etwas ähnlichen Apparat wie heute. Nehmen wir weiter an: Die Anarchisten wären in allen Ländern schon zu Millionen, sie wollen über gewisse Arten der Agitation, des Stoffes etc. sich verständigen, was anderes können sie thun, als dass sie Vertreter wählen, die die Dinge nach ihren Wünschen regeln. Behalten wir diese Millionen Anarchisten bei und sagen, sie werden Konsum- und Produktiv-Genossenschaften errichtet haben. Natürlich müssen die verschiedenen Genossenschaften zu einander aus ökonomischen Gründen in Beziehung kommen, die einzelnen Genossenschaften müssen Regeln haben über die Art der Zugehörigkeit ihrer Mitglieder, alles Dinge, die nothwendig sind und der Berathung und Verständigung bedürfen, und überall wird man das durch Vertreter besorgen, weil bei der Selbstbetheiligung jedes Einzelnen die Kosten zu hoch werden würden. Auf diese Art lassen sich ins Massenhafte Beispiele anführen, aber schon diese einige genügen. Freilich besteht trotzdem ein ganz diametraler Gegensatz zwischen demokratischer und anarchistischer Regulierungsweise. Die Demokratie bestimmt als Regel oder Gesetz, was die Majorität beschliesst, und zwar hat die demokratische Rechtssatzung unbedingte Gültigkeit. Wie immer freiheitlich die einzelne Rechtssatzung auch sei, immer ist es die Souveränität des Rechtes, welches dem Rechtsunterworfenen das Maass seiner Freiheit giebt. Das Zwangsrecht hat eine transcendente objektivierte Form, es spielt dieselbe Rolle wie das transcendente Ideal Gott. Hiergegen verlangt mit „Recht“ der Anarchismus, dass die rechtsverbindende Kraft für die gesellschaftlichen Regeln ihren Bestimmgrund im Einzelnen habe, diesem allein solle zu aller Zeit die Souveränität über sich zustehen.

Nehmen wir indess wieder Stellung zur praktischen Seite des heutigen Wahlrechts. Die meisten Anarchisten sagen noch, mit dem allgemeinen Wahlrecht kann man an der Lage des Proletariats garnichts ändern, bestenfalls das Proletariat einschläfern. Sie berufen sich darauf, dass trotz der Anwendung des Wahlrechts durch die Sozialdemokratie für die Wohlfahrt der Arbeiterklasse nichts herausgekommen sei. Zunächst ist das ein Irrthum, denn die Arbeiterklasse ist heute im allgemeinen Leben ein anders geschätzter Faktor als wie vor 30—40 Jahren, dann behaupte ich, dass die Anarchisten, an Zahl den Sozialdemokraten gleich, durch alleinige Propaganda mittelst der Presse und in der Volksversammlung gewiss nicht so viel erreicht haben würden. Mit genossenschaftlichen Organisationen würde die Sache anders geworden sein, aber neben genossenschaftlicher Bethätigung gehört nothwendig auch die parlamentarisch-politische.

Behaupten die Anarchisten nun die Zwecklosigkeit des Wahlrechts, so behaupten entgegengesetzt die meisten Sozialdemokraten heute noch, dass man mit dem allgemeinen Wahlrecht Alles erreichen kann. Das konnte man bei der stattgehabten Wahl wieder sehen. So schrieb z. B. der Vorwärts kurz vor der Wahl:

„Jeder von Euch befindet sich in der Lage jenes Mannes, dem eine gültige Fee einen Wunsch gewährte. Aber nur einen Wunsch. Ist er vernünftig, so ist das Lebensglück und die Zukunft gesichert. Ist er unvernünftig, so ist Alles verscherzt.“

Der Stimmzettel vor der Wahl gleicht der Kugel im Lauf. Zielt der Schütze gut, so sitzt die Kugel im Schwarzen, und der Preis ist dem Schützen gewiss. Zielt er schlecht, so geht die Kugel neben die Scheibe und verliert sich im Raum — ein werthloses Stück Blei.

Auf dem Wege zur Wahlurne ist das Volk seines Schicksals Schmied. So wie die Stimmzettel fallen, so fallen die Würfel des Schicksals . . .

Ziele gut, trifft ins Herz, wähle sozialdemokratisch!

Deutsches Volk! Am 16. Juni bist Du Herr Deines Schicksals. Du bist frei, wenn Du für Dich wählst; Du wirst geknechtet und geknebelt werden, wenn Du Deine Feinde wählst! Wähler, in Eurer Hand liegt die Zukunft Deutschlands!

Zielt gut, trifft den Feind ins Herz, wählt sozialdemokratisch!“

Offen gestanden, so viel Unsinn und Unwahrheit hätte ich dem Vorwärts nicht zugetraut. Das heisst doch die ganze Sachlage total verkennen. Das heisst Demagogie treiben, wie sie im Buche steht. Durch solche Auslassungen wird man nur erzielen, dass einstmals ein grosser Katzenjammer erfolgt. Wenn man dem Volke so viel verspricht, so viel vorredet, was durchs Wahlrecht nie errungen werden kann, dann muss über lang oder kurz eine allgemeine Verwirrung einreissen. Bei der ausschliesslichen Anwendung des Wahlrechts muss die Sozialdemokratie thatsächlich bald an den Punkt kommen, wo die Stimmzahl stabil bleibt, wenn nicht zurückgeht. Leute, die auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung stehen, sollten dies vor Allen zuerst einsehen. Die Wahlpropaganda ist doch bloss ein ideales Mittel, das allerdings materielle wie ideale Motive anregen soll; aber man muss mit Blindheit geschlagen sein, um nicht einzusehen, dass die meisten Menschen nach dem Volks-Spruchwort: „Lieber einen Sperling in der Tasche, als eine Taube auf dem Dache“, handeln.

Die Akkumulation und Konzentration des Kapitals geht nicht in der von Marx vorausbestimmten Weise vor sich. Bernstein und einige Andere haben dies unverhohlen ausgesprochen. Und allzugrossen Produktionskrisen kann durch Kartelle und Trusts begegnet werden; mit anderen Worten: Die Theorie von der selbstzerstörerischen Wirkung der kapitalistischen Oekonomie ist nur bedingt richtig. Es ist also damit zu rechnen, dass erhebliche Volkstheile in relativ guter Wirtschaftslage sich befinden werden. Und selbst zugegeben, der heutige Mittelstand wird vernichtet, so bildet sich doch in der kapitalistischen Organisation wieder ein neuer Mittelstand, bestehend aus Beamten, Arbeitern. Budikern und sonst dergleichen Elementen. Der gefährlichste Mittelstand für den Fortschritt dem Sozialismus zu ist aber der der Beamten und Arbeiter selbst.

Im Grunde genommen will ja der Sozialismus den Mittelstand für alle Menschen schaffen, Reiche und Proletarier sollen verschwinden. Der Unterschied liegt jedoch darin: im Sozialismus wird der Mittelstand ein genossenschaftlicher, allseitiger mit solidarischen Interessen sein. Der kapitalistische Mittelstand beruht aber auf der Ausbeutung des Proletariats. Das Interesse der besser bezahlten Beamten und Arbeiter ist im Kapitalismus nach der Reflexion dieser Leute identisch mit der kapitalistischen Wirtschaft; bis zu einem gewissen Grade ist das Urtheil sogar allgemein gültig, wenn man von der ethischen Motivierung absieht.

Die bürgerliche Gesellschaft erwarb ihre ökonomischen Machtmittel zum hauptsächlichsten Theil schon unter den feudalen Rechtsverhältnissen, sie war nicht bloss fiktive, sondern thatsächliche Eigenthümerin zahlreicher Industrigen und eines ansehnlichen Theiles von Grund und Boden. Wenn das Proletariat sich emanzipiren will, so muss es einen ähnlichen Weg einschlagen. Dieser Weg besteht aber nicht bloss in der Ausübung des Wahlrechts und in den Lohnkämpfen, sondern in der wirklichen Eroberung der wirtschaftlichen Macht durch das Genossenschaftswesen. Es gilt den Konsumenten zu organisiren; denn was nützt es, wenn die Arbeiter sich gewerkschaftlich als Produzenten organisiren und Lohnerhöhungen erzielen, auf der andern Seite aber als Konsumenten ebensoviel, wie die Lohnerhöhung beträgt, für die Verbrauchswaaren mehr zahlen müssen?

Weder rein wirtschaftlicher, noch rein politischer Kampf muss die Parole lauten. Der Arbeiter wird auf allen Gebieten gerupft, folglich ist es seine Pflicht, ebenso auf allen Gebieten sich zu wehren und vorwärts zu kämpfen.

Und da wirtschaftliche Selbständigkeit auch gesellschaftliche und politische mitbedingt, so muss man in vorderster Reihe die genossenschaftliche Aktion betreiben. Die politischen Massnahmen sind Dinge zweiter Ordnung. Aber sie sind nicht Nichts, sie auslassen heisst verkehrt kämpfen.